

obenrum rausgaben am 29. Oktober die Fahrt nach Prag angestreben. Gleichzeitig der Fahrt habe Töpper seine Geberforderung unter der Drohung eröffnet, dass der Deutschen sonst der U. S. P. vertraten wollen, die mehr bezahne. Töpper hin hätten sie den Töpper gebürgt mit seinem eigenen Stadtsiegel (11), aber niemand die Würde gehabt, ihm umzubringen (11). Zur Lause des Abends wurde auch der große Student ermittelt.

Auffallend bleibt, dass die Polizei die beiden Studenten nicht verhaftet oder wenigstens deren Verführung vor den Untersuchungsauftakt verantworte. Töppes wird die im persönlichen Streit interner abgebrochene Erklärung des schwerbelasteten Studenten sofort der Oberschulbehörde unterbreiten.

Die Münchner Stinnes-Presse bemüht sich, die Regierung in ihrem Verbrechen, die Stadt als dormitorium oder lächerlich hinzustellen, noch kräftiger zu unterstützen. Gelingen wird ihr das nicht.

Die Konsolidierung des Ostens

Die im Osten kurz aufeinanderfolgenden Friedensschlüsse zwischen Russland und Finnland, Lettland, Litauen und Polen könnten in Westeuropa den Eindruck erwecken, als ob in der Tat die Konsolidierung des Ostens beginne. Dieser Friedensschluss ist gefährlich, doch er von den schweren Folgen für die europäische Kultur sein müsse. Jeder Kenner der Beziehungen in den Randstaaten wie in Sowjetrussland weiß, dass der Osten niemals von einer Konsolidierung entfernt war, als heute. All die Friedensabkommen, die aus der Kriegsnotwendigkeit und völligen wirtschaftlichen Erfordernis sowohl der Randstaaten wie Sowjetrusslands entspringen, können keine endgültige Bedeutung haben, weil sie sowohl die wirtschaftlichen wie psychologischen Beziehungen vergewaltigen. Erkannt der bisherige Abschluss der Verhandlungen in Riga in der Tat die Kraft eines Friedensvertrages, so besteht das Wort Einwohner zu Recht, dass es sich lediglich um einen zweiten Frieden von Kreis-Italiens handelt. Niemals waren die Konsolidierungsprozesse größer als heute nach dem Abschluss der einzelnen Friedensverträge. Der Vergleich mit den Balkanstaaten vor dem Weltkriege erscheint bloß angehängt der gewaltigen Gegenseitigkeit, die zwischen Russland und Polen einerseits, und zwischen den Randstaaten untereinander anderseits fortbestehen.

Die Idee eines polnischen Großstaates, einer neuen europäischen Großmacht, die schon fast vergessen schien, ist seit dem Sieg des Vormarsch der polnischen Freiwilligentruppen und dem Zusammenbruch der Roten Armee in voller Kraft wieder aufgetaucht. Polen sieht seine Rettung vor der drohenden finanziellen Katastrophen im Erwerb neuer Landesteile; aber die polnischen Politiker vergessen, dass die neu eroberten Gebiete für sie lediglich eine Neubelastung ihres Staats, keineswegs aber eine irreversibel bedeutsame Einnahmequelle darstellen werden. Bringen sie also sein Aktionspotential mit sich, so sind die Polen, die Polen mit dem sich täglich steigernden Hoh der Pionier und Wehrtruppen auf sich nimmt, eine schwere Gefahr für die Existenz des polnischen Staates. Man darf sich keinen Augenblick darüber im Unklaren sein, dass der litauische Staat unter den in Riga zwischen Polen und Russland abgeschlossenen Bedingungen existenzunsicher ist. Zu einem Ausgleich der sehr erheblichen natürlichen Gegensätze zwischen Polen und Litauern fehlt jede Vorausstellung. Am Geocenter — die Gegenseite haben sich noch verschämt. Eher wäre dieses Volk bereit, in Russland aufzugehen, als sich dem polnischen Reich zu unterwerfen. Die Erkenntnis, dass die Umformierung des litauischen Staates im Westen, Süden, Osten durch polnischen Gedanke schließlich zu einer völligen Einverleibung in den polnischen Staat führen muss, treibt die Litauer zur Vergewaltigung. Schon heute beginnt die litauische Bevölkerung, freiwillig bewaffnete Wenden zu bilden, die den Kampf auf Leben und Tod gegen die polnischen Unterdrückter aufnehmen wollen. Selbst wenn die litauische Regierung wollte, könnte sie gegen diese Volksbewegung nicht antreten, und kein polnisch-litauischer Friedensvertrag wird an dem Ausbruch dieses Konflikts etwas ändern können. Trennt in der Tat ein polnischer Korridor Litauen von Russland, so wird in wenigen Monaten ganz Litauen das Bild der Ukraine wiedergeben, und ein einziger großer Bandenkrieg polnische wie litauische Gebiete verhüllen. Aber es ist nicht das polnisch-litauische Problem allein. Auch Russland kann nicht glorifizieren, zumal seine wirtschaftlichen Verbündeten mit Deutschland an allen wichtigen Punkten durch einen politischen Korridor zerstören. Man hat sich vielleicht über die rasche Wendung des Kriegsaufstands vor Warschau amüsiert. Über für den, der der Entwicklung der Ereignisse aus der Nähe folgte, hatte sie nichts überraschendes. Einmal waren die Russen plötzlich reagiert, sehr erhebliche Truppenkontingente abzuziehen, um sie in das für sie viel wichtigeren Donezgebiet gegen Wrangel zu senden, und dann: Russland wird immer wieder der schlechten Zustellung und Verpflichtung seiner Truppen, wovon der Schwierigkeit der Nachschub und aus tausend andern Gründen bei Beginn der Winterzeit zusammenbrechen, um im Frühjahr zu neuen Schlägen auszuholen. Wenn Russland den Krieg im Sommer nicht zum Abschluss zu bringen, wird es im Winter mit der Pelestei sein. Gelingt es aber der Sowjetrepublik, sich im Winter gegen den General Wrangel zu halten, so werden die Roten Armeen im nächsten Frühjahr, wo die Felder wieder Mahnung bieten und der Vorratsumschlag infolge der besseren Witterung nicht mehr zur vollen Entfaltung der Truppen führt, mit neuer verfeindelter Kraft über Polen herfallen. Es penkt, an die ostgalizischen und ukrainischen Probleme zu erinnern, die auch durch den Vertrag von Riga nicht gedeckt sind, um zu erkennen, dass der Osten heute mehr denn je vor dem Ausbruch eines lodernden Brandes steht.

Die Konsolidierung Russlands und Polens ist zu einem Ergebniskampf beider Staaten geworden, in dem der Vertrag von Riga nur eine kleine unbedeutende Episode darstellt. Schon die nächsten Monate werden im Osten unter allen Randstaaten die Gruppierung für Russland oder für Polen bringen müssen. Der Kampf um die Entscheidung, wer die Großmacht des Ostens sein soll, steht noch aus, und der Vertrag von Riga bedeutet nicht das Ende, sondern den Anfang dieses Kampfes. Diese Erkenntnis, die in den einzelnen Randstaaten durch innerpolitische Beziehungen, durch die kleinen Konkurrenzkonflikte untereinander und die Grenzstreitigkeiten stark auffällt, wird angehängt der Rigaer Verhandlungen und ihres Abschlusses sich nunmehr in letzterer Frist vohnbrechen.

Vielleicht wäre die Lösung dieses Konflikts auf friedlichen Wege möglich, wenn die westeuropäischen Völker den Willen dazu hätten, aber so gewagt es heute noch erscheinen mag, den Gedanken auszusprechen, so kann man doch nicht mehr verkennen, dass der russisch-polnische Konflikt leichten Endes der Beginn eines gewaltigen westeuropäischen, englisch-französischen Konfliktes ist. Frankreich hat sein Schildfahrl unloslich mit der polnischen Großmacht verbündet, während Englands Interessen in den kleinen Randstaaten wie in Russland

und selbst bereits zu einer solchen Bedeutung angewachsen sind, dass es ohne schwere politische Erschütterungen sich von ihnen nicht mehr lösen kann. Die Waffen, mit denen der Konflikt zwischen Russland und Polen, der Kampf um die Konsolidierung des Ostens ausgetragen wird, werden nicht nur industriell, sondern auch politisch in Westeuropa geschlagen, und die Völker des Ostens kämpfen den Kampf zu Ende, den die gesetzliche Entwicklung den sich heute noch gegen die Erkenntnis wehrenden großen westeuropäischen Rivalen aufzwinge.

W. Oe.

Polnische Verkehrsverhandlungen mit Deutschland

Warschau, 1. November. Wie der Vertreter der Post-Servicen erkläre, trifft der Bismarck für Handel und Gewerbe, Dr. Straßburg, in den nächsten Tagen in Berlin ein. Bei den Berliner Verhandlungen sollen alle wirtschaftlichen Fragen, insbesondere auch die Fragen des Eisenbahns, Post- und Telegraphenwesens, im Zusammenhang erörtert werden, um eine neue Grundlage für die Wiederanpassung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen zu schaffen.

Polen für die litauische Volksabstimmung

Warschau, 1. November. In einem Telegramm an den Völkerbund erkläre der Außenminister Sapieha, dass die polnische Regierung mit einer Volksabstimmung im Vilnius Gebiet unter der Kontrolle des Völkerbunds einverstanden sei und unter der Aussicht, dass das litauische Gebiet nicht von litauischen Truppen besetzt geblieben wird. Die polnische Regierung hält, so schnell wie möglich und unter der einfachsten Form, die Abstimmung stattfinden zu lassen.

Vilna, 1. November. Nachdem vor einigen Tagen ein italienisches Flugzeug auf die Stadt Bomben abgeworfen habe, ohne großen Schaden anzurichten, waren am 29. Oktober die feindlichen Flieger wiederum Bomber und Aufklärer auf die Stadt, die im Namen der litauischen Arbeiterschaft unterstützt waren.

Litauens Bittgang nach Rom

Rom, 1. November. Der polnische Vertreter der Gazzetta Banalis erkläre aus gut unterrichteter Quelle, dass die litauische Delegation in Rom als gleichwertig angesehen ist. Die litauische Regierung glaubt, keine Veranlassung dazu zu haben, der Entscheidung des Volksrats in der Frage der Anerkennung der litauischen Unabhängigkeit durch einen eigenen Schein vorzutragen. Die litauische Delegation wird Rom in diesen Tagen verlassen.

Steuerabzug und Landtagswahlen

Mit dem Steuerabzug in den Unabhängigkeitskommunen zu freien und Wählern für sie einzulangen. Außerdem ist damit Arbeitern und Angestellten eine Ausnahmeverpflichtung auferlegt worden; sie war aber durch die Finanznot geboten, sie wurde unabwendbar, wenn die Mittel für Erwerbsloienunterstützung, Kriegshinterbliebenen, bereitgestellt werden sollten. Ist es angehängt solchen Zwanges eine so unerträgliche Last, die Steuern in tiefen Raten und darum früher als andere Leute bezahlen zu müssen?

Bevor ihr die Frage beantwortet, bedenkt aber folgendes: Entscheidend ist doch, ob die Reichseincommensteuer nach sozialen Gesichtspunkten abgestuft, ob die Leistungsschwachen, vor allem die Arbeiter, entsprechend durch Steuerbefreiungen berücksichtigt worden sind. Das dies, wenn auch noch nicht in auffälliger Weise, so doch einigermaßen der Fall ist, ergiebt sich schon aus folgenden Feststellungen:

Ein Arbeiter mit drei Kindern und 8000 M. Jahresinkommen hat jetzt 502 M. Reichseincommensteuer im Jahre zu zahlen. Gewiss noch eine große Summe. Er hätte aber, wenn das sächsische Einkommensteuergeley jaum zu zahlen noch

Geltung haben würde, an Staats- und Gemeindesteuern niedrigeren 800 M. zu zahlen müssen. Hätte er aber in einer armen Leistungsschwachen Gemeinde gewohnt, wäre der Betrag noch beträchtlich höher. Aber auch wenn er in einer normalbelasteten Gemeinde wohnt würde er 488 M. mehr Steuern zu zahlen haben als auf Grund des Reichsteuerergleizes.

Woher das kommt? Weil nach dem Reichseincommensteuergeley beträchtliche Steuerfreiheit abzüglich der Familienmitglieder genutzt werden können, die bei Einkommen unter 10000 M. besonders hoch sind, weil das Reichseincommensteuergeley nach sozialen Gesichtspunkten gehoben ist.

Außerdem ist zu bedenken, dass früher die Steuerpflichten in den Gemeinden ganz verschieden waren. In Orten mit dämmerter Bevölkerung muhten 500 Prozent des Staatssteueriolets der Gemeinde an Gemeinde abzugeben gezwungen werden; in reichen Villenorten und Bauerndörfern dagegen oft nur 50 Prozent. Das bedeutet: Einige Leute in armen Gemeinden muhten die armen Einwohnersteuer zahlbar als die reichen Rentiers in den Villenkolonien und Bauerndörfern.

Das war ein großes Unrecht! Vergleichbar das die Sozialdemokratie dagegen angekämpft. Das Reichseincommensteuergeley hat auch diesen Missstand beseitigt. Es bestimmt alle Einkommen nach gleichen Grundlagen und lädt eine bessere Gemeinde ein einheitlicher Steuer nicht mehr zu. Mit der Reichseincommensteuer, also dem Steuerabzug ist zugleich auch die Gemeindebevölkerung mit gezielt.

Ist das alles — der Ausbau der Steuerpflicht nach sozialen Gesichtspunkten und die rückständige und ungerechte Gemeindebelastung — nicht von viel gröscher Bedeutung als die unbedeutende Ausnahmeverpflichtung, die Arbeiter und Angestellten durch den Steuerabzug bereit wird? Die Sozialdemokraten sind allerdings der Ansicht, dass die Steuerfreiheit entsprechend der erhöhten gewordenen Geldentwertung noch erhöht und den Arbeitern noch weiter Steuererleichterungen verhafst werden müssen.

Doch berücksichtigt noch eins: Sollte es vorkommen, dass beim Steuerabzug etwas mehr bat abgeführt werden müsse, wie es nach der endgültigen Einräumung berechtigt war, mit der abgezogenen Beitrag zurückgestattet.

Wer den Steuerabzug so objektiv betrachtet, und auch berücksichtigt, dass die Steuerfreiheit mit jedem 1000 M. Einkommen stark steigen und höhere Einkommen bis zu 80 Prozent belasten, ganz abgesehen von den sozialen Steuern, die noch darauf lasten, der wird erkennen müssen, dass es ein frevelhaftes Spiel war, Arbeiter wegen des Steuerabzugs in Streiks zu hetzen, wie es Kommunisten und Unabhängigkeitsgruppen gemacht haben. Sie haben damit Arbeitern irregelmäßig geschädigt und dem Wirtschaftsleben graue Nachteile bereitet.

Auf diese frevelhafte Politik mühten die Wähler bei den Landtagswahlen die rechte Antwort mit dem Stimmzettel geben, die aber dann für die Arbeiter nur lauten: Keine Stimmzettel für kommunistische und unabhängige Desperadospolitiker; stimmt nur für die sozialdemokratische Liste.

Belgiens Absage an Moskau

Brüssel, 31. Oktober. Der Sozialistenkongress hat mit 403:173 gegen 76:23 Stimmen die Trennung des Brüsseler Verbandes, der zufolge der Abstimmung des Kongresses den Beitritt zur dritten Internationale beschlossen und den Austritt aus der zweiten Internationale beschlossen.

Die politische Aussprache

Deutscher Reichstag

25. Sitzung. Sonnabend den 30. Oktober, 10 Uhr

Am Regierungstisch: Behrenbach, Heine, Simons und Scheler.

Vierter Tag

Schäffer: Immer und immer wieder müssen wir Protest gegen den Friedensvertrag erheben. (Sehr richtig!) Redner wendet sich dann gegen die transjapanischen Besitzungen zur Seite des Reichslandes, besonders in der Frage des Friedensvertrags, der abgesehen von der obengenannten Überprüfung Europa kaum nur gefunden, wenn ein so wichtiger Teil wie Deutschland berücksichtigt. In seinem Gehalt ist der Völkerbund zum Spalt der Welt geworden. An den englischen Schwierigkeiten in der inneren und äußeren Politik ist zweifellos, ob ein britischer England gegenüber Deutschland bringen, davon man in Spa noch nichts weiß. (Sehr richtig!) Für innere Politik überzeugend war der Redner dann gegen die Konservative und demokratische Partei und gegen das Diktatorat. Die Autonomiebehörde ist eine Nachendigkeit. Die Ausführungen des Grafen Wehrlieb liefern die nötige Verantwortung manchmal derweil. (Sehr gut!) Für uns geht es.

Oberschlesien

dem Reich zu halten, und die Regierung wird gut tun, das Autonomiegesetz sofort hinzulegen. Das ist eigentlich im allgemeinen darf dadurch nicht erschwert werden. Zur Sozialisierung ist zunächst eine größere Rüstung des Reichs notwendig, wie der Sozialist Wille bekräftigt hat. Wir sind durchaus für eine soziale Anteilnahme der Arbeiter und Angestellten neben dem Unternehmer, um so die Produktivität und die Freude des Arbeiters am Werk zu erhöhen. Aber wieder der Vorwurf von Rode, noch der von Rathenau werden diesen Grundgedanken in oben getroffen. Die Frage des Wirtschaftsvertrags ist in diesem Sinn, wie uns an, wie wir auch mit den anderen Ausführungen des Herrn Außenministers einverstanden sind. — Auf dem Gebiete der inneren Politik erwarten wir höchst das Schulgesetz und hoffen, dass es bald ein Lehrerbildungsgesetz folgen möge. (Weißfall links) Ein legaler Ausdruck hat man wieder den Frauen das Wahlrecht zu den Landgerichten vorbehalten. (Sehr gut!) Sonderbar ist das Vierzehnjährige.

Hermann Müller, Franken (Sog.):

Die Kommunisten versuchen durch Tatenreihen, wie sie eben gehabt, das Parlament zu sabotieren, wie sie eben gehabt, die Arbeiterschaft nicht zu unterstützen. (Sehr richtig!) Gruppen und Gruppen haben nur Agitationserden gehabt zu dem Frieden und in Landen bei ihren Anhängern Einreden zu schaffen. Wir sehen uns aufgefordert, eben darin, die im ersten Weltkrieg zu wahren. (Sehr gut!) Den Protest des Kaisers Weißfalls gegen die Rüstung der Dieffel-Moseren wiederholte er noch hier im Reichskrone. Dem Protest gegen die Lieberkiste der Rüstungstruppen schließen wir uns an, wie wir auch mit den anderen Ausführungen des Herrn Außenministers einverstanden sind. — Auf dem Gebiete der inneren Politik erwarten wir höchst das Schulgesetz und hoffen, dass es bald ein Lehrerbildungsgesetz folgen möge. (Weißfall links) Ein legaler Ausdruck hat man wieder den Frauen das Wahlrecht zu den Landgerichten vorbehalten. (Sehr gut!) Sonderbar ist das Vierzehnjährige.

Deutschnationalen, die als einzige Partei in diesem Kause gegen die Autonomie von Oberschlesien Einstellung nehmen. Das zeigt, dass sie als konservative Unterherrschaft für die Oberschlesie übernommen haben. (Sehr richtig!) Vom Verteidigungspunkt aus hätten wir natürlich kein Interesse daran, ob dieses Verhältnis vorhanden ist oder nicht, aber wir stellen die Ansprüche des Landes über die Partei. (Reichsberater Weißfall) Redner wendet sich dann gegen den Friedensvertrag des Grafen Wehrlieb in der oberschlesischen Frage zwischen dem Autonomiegesetz und der Proklamation des Königreichs Polens im Jahre 1917 gezeigt hat. Wie Redner bestimmt, dass die Volksabstimmung des Verbleibens Oberschlesiens beim Reich ergibt. (Weißfall)

Eine Revision des Friedensvertrages von Versailles in seinen undurchführbaren Beschränkungen muss und darf fortsetzen. (Sehr richtig!) Aber die Politik der Deutschen Nationalen ist wohl der falschen Weg, den man überkauft eingeschlagen hat; das kann der Erfolg, den man überkauft eingeschlagen hat, nicht bestreiten. (Sehr richtig!) Der Friedensvertrag bestreitet die Konsolidierung der West-Europas beweisen, wo ein Krieg ihrer Partei eine starke Rückenbildung fordert. (Sehr richtig!) Das hat auch die Partei gegen die West-Europas beweisen, wo ein Krieg ihrer Partei eine starke Rückenbildung fordert. (Sehr richtig!) Wenn wir eine Revision des Friedensvertrages herstellen wollen, müssen wir immer und wieder zum Frieden bringen, dass ein neuer Geist in das deutsche Volk eingezogen ist. (Weißfall) Wesentlich ist hier unter dem Geist in den Fragen der Wiedergutmachung. Sie muss über den Frieden

die wie ein Bauer wie diese breiten proletarischen Massen aufwöhlen und um sich sammeln soll. (Sehr richtig!) Wir wollen die soziale Revolution, die man weder mögen, noch verhindern kann. Die sogenannte Demokratisierung der Reichswehr bedeutet uns nichts. Wir verlangen die Absetzung der Reichswehr überhaupt. (Sehr richtig!) Die Reichswehr ist nichts anderes als eine

ca. 18000 Männer blieben draußen tot, 42000 Verstümmelte trugen die Folgen an ihrem Körper bis an ihr Lebenende; über 40000 lagen noch heute in den Lazaretten und werden immer weiter erziert, um vielleicht dem Kriegsleben wiedergegeben werden zu können; dazu kommt die Million in der Gründung an Verletzungen, Soldaten und die 8000000, die nach geboren wurden. Sogenannten mannschädlichen Opfer sieht das materielle Leben, das dieser Krieg in Form von abgenutzten Maschinen, ausgeworfenen Schädeln, Metallen usw. vollkommen entblößt waren. Dazu zählen als Drittes das finanzielle Erbe mit den 140 Milliarden Schulden; einige Kosten machte weiter die Durchführung der Anmietarbeiten, die nicht sofort geschlossen werden konnten, um das erneute Herz von Vaterländen zu sanieren und die Erhaltung der Zeitungen. Togu kam die ruinierte Entwicklung unter Valua, ist und gewinnt auf dem Weltmarkt so teuer eingetauschen, daß wir jetzt 100 M. nur für frühere 450 M. Ware beladen. So gingen die Schuld immer mehr, daß wir jetzt über 12 Milliarden Jugendkredit haben.

Um diese Kriegsfolgen anknüpfend, ging Lübeck nun auf unterhöher monarchisches Oberhaupt, unsre obersten Kriegsgeralten, die im monarchisch-predigten Preußen zurückkehren, ein. Gleichzeitig schickten sie politischen Alten idiosynthatisch fixiert. Ganz gut ist es u. a.: "Serbin mug man nur füllig auf die Jühe geben, dann geht der Strolch los!" Aber auch in den jetzt ausgetragenen Wahlen seiner früheren Konservativen und anderen Hauptstädten in Heer und Verwaltung, erscheint er als sehr rechte katholische Mensch, unter dessen Auge und Rassien unverzweigt das deutsche Volk mit zu Boden gerissen wurde. Sozialistisch mögen sich die monarchischen Agitatoren noch bis zur unheimliche Rechtsflucht ihres Oberhauptes ins Gedächtnis rufen. Aber wir brauchten unter Boulanger und im Anschluß an die Deutschnaht noch lange rohlistische Wahlen hatte, und Rückstand auf Deutin, Judentum und Brangel hat, so liegt auch bei uns eine falsche Bewegung im Bereich der politischen Möglichkeiten. Da sieht es für die geamte Arbeiterschaft: einzig sein und die Augen zu halten.

Lübeck ging daran anschließend auf die Verhältnisse bei Gründung der Reichswehr und deren Entwicklung ein; des weiteren auf die schweren Spaltungen in unsrer proletarischen Freiheit. Doch genauso wie der Webner, die neuen Widerständen gefügt zu sein, und an Land der Römerpublik — Beispiele in Ungarn und Südtirol — zu zeigen, wie es nicht auf die Errichtung der Macht, sondern auf ihre Verhauptung entnommen, daß unleserlich der Sieg uns allein richtig sei; durch die Gewalt zum sozialen und Klassenaufbau. Daß wird uns die volle Militarisierung, die Denationalisierung der Freiheit, die neue Schule und die Sozialbildung der Wirtschaft liefern. Mit einem schönen Gedanken von einer fröhlichen Garde, den viele der Menschen zum gemeinschaftlichen Genuss geben wollten und der jetzt verwüstet und zerstört, es wächst neue geplant zu werden muss, schloß Lübeck unter Hartem Schluß.

Die Nettetts, die einen in Versammlungen bekannten kommunistischen Kämpfer und einen Vordenker zu Worte kommen ließen, konnte den starken Eindruck nicht abschwächen, der sich im Hörer noch verdichtete, daß neben dem revolutionären Sinn vor allem das Verhältnis für revolutionäre Vorwärts in den Hören befestigen wollte. E. B.

Gewerkschaftsbewegung

Die kommunistischen Wahlkreise

Die Kommunisten von Halle haben in einer Mitgliederversammlung folgende Resolution angenommen:

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Halle Saale (U. S. D.) beschließt ihre Mitglieder, in den Gewerkschaften für einen fairen Betriebsrat am Deutschen Internationale von allen Vorstandsmitgliedern der einzelnen Gewerkschaften sowie dem Kästelberater sofort Vorreiter zu treiben, diejenigen Gewerkschaften und Parteien, welche uns politisch befürworten, aber so sehr wie deren allein, ihre Wollen überzeugen. Der kommunistische Einheitskampf erlaubt uns auch in den Gewerkschaften und im Kästel nicht, Konkurrenzparteien die Interessen der Arbeiterchaft auszuholen. Zur Durchführung der sozialen Revolution braucht die Arbeiterchaft mit entschlossenen Kämpfern und feinen kleinen Voraussetzungen. Die Mitglieder der Gewerkschaften aber werden verpflichtet, in ihrer Gewerkschaft als solche Träger der Arten. In internationale kommunistische Hellen zu dienen mit dem Ziel, die Gewerkschaften zu erobern nach den Thesen der Deutschen Internationale.

Wer sich also nicht bedingungslos für Moskau erklärt, ist ein Kämpferrevolutionär, der von der Führung der Gewerkschaften ausgeschlossen werden muss, da er angeblich der Durchdringung der sozialen Idee im Wege steht. Bei den beiden die All- und Kommunisten und der ganze Trost der U. S. D. bisher keiner nichts getan, als Kästel gedrohten, während die alten Führer der Gewerkschaften praktisch Arbeit leisteten, um die soziale Revolution durchzutragen. Unklar, auf dem Boden der bestehenden Verhältnisse nach Erfahrungssicht für die Arbeiterchaft und den Sozialismus zu leben, machen sie sich mit Gewerkschaften an die Erfüllung, der Arbeiterbewegung, oder — wie sie sich ausdrücken beloben — an die Erweiterung der Gewerkschaften nach den Thesen der Deutschen Internationale. Ob damit der sozialen Revolution ein Dienst erwiesen wird, bezweifeln wir. Das Blaß und hat man konsequent noch nie. Diesen gehandelt. Das Resultat sollte ein Mitglied der russischen Gewerkschaftsbewegung des internationalen Rates der Arbeiter in Hamburg mit. Der in Prag kommende Sommelmann, den man wohl allgemein als Kenner der Dinge ansiehen wird, sieht u. a.:

"Wir leben in Südtirol bittere Not. Die Lebensbedingungen der russischen Arbeiter sind sehr viel schlechter als die, unter denen wir seit die deutschen Arbeiter leben. Es ist sehr wohl zu tun, daß drei oder mehr Jahrzehnte vergehen werden, ehe wir solche Verhältnisse haben, wie Sie zu Zeit in Deutschland bestehen."

Es braucht nicht befürchtet zu werden, daß der vernünftige Teil der russischen Arbeiter sich nicht nach dieser Art der Durchführung der sozialen Revolution sehnt. Er wird dementhalen, um die Russen, genannt "Kommunistische Hellen", aus dem Kästel der deutschen Arbeiterbewegung zu entfernen, um diesen wieder gesund und so föhlig zu machen, daß er nicht nur den Kapitalistischen, sondern auch den Moskauer Prahseuren erfolglichen Widerstand entgegenstellen kann.

Ein unabhängiger Arbeitgeber

In der Deutschen Reich spielt sich die Unabhängigen bewegend als die wahren Vertreter der Arbeiterchaft auf. Als die Sozialdemokratie noch in der Melderegierung lag, wurde ihr daneben von unabhängiger Seite der Kästel gemacht, daß durch die damals etablierten Gelehrten Kompromisse sein wünschten, die Unter-

leistungen machen sie zum Vorwurf, daß sie gegenüber dem Unternehmertum zu schwach seien. Aus diesem Grunde sollten die Gewerkschaften "revolutioniert" werden, d. h. soll der sozialdemokratischen "Vorwurf" sollen unabhängige "Vorwurf" an die Spitze kommen.

Einer der heftigsten Kämpfer der "arbeiterfeindlichen" Sozialdemokratie ist der unabhängige Volkskammerlandrat Schulze in Görlitz. Der Herr ist gleichzeitig Vorsteher der dortigen Ortsrentenfeste und hätte so die beste Gelegenheit, seinen revolutionären Sozialismus wenigstens zu einem kleinen Teile in die Tat umzusetzen. Bei der dortigen Feste wurden noch im vorigen Jahre von Gewerkschaften einflußreiche Abgeordnete gezählt: für den betriebslosen Geschäftsführer 4100 M. und für den verhängten Kästelboden, der seit ungefähr 15 Jahren im Dienst ist 2200 M. Während der alten arbeitslosen Anstellten im vorigen Jahre ehemalige und laufende Leistungsfähigen genötigt wurden, erhielten die Angestellten in der von dem revolutionären Sozialisten Schulze geleiteten Ortsrentenfeste nichts. Auf mehrfaches Dringen wurde den Angestellten dann schließlich eine Gehaltszulage von je 500 M. gewährt. Über das soziale Verhältnis des Kästels Schulze war weiterschreibend. Er nahm höchstens an, daß die ehemalige Kästelboden die Angestellten, die ältere Kollegengehälter bezogen hatten, zu einem leichteren Arbeitsmarkt abfließen würde. Anstelle dessen brachte, daß die Gehaltszulage den Anstellten ab 1. Januar wieder von den jetzt tatsächlich getrennten Gehältern abzogen werden.

Die letzte unabhängige Kästelboden ist der unabhängige Vorstandsamtsrat der "arbeiterfeindlichen" Sozialdemokratie, Herr Schulze. Er ist auf die monarchisch-predigten Vorsteher zurückgekehrt, einst mit 11. Februar arroganter verbrecherischer Pfeilen ist in unzähligen Blankbemerkungen zu politischen Alten idiosynthatisch fixiert. Ganz gut ist er u. a.: "Serbin mug man nur füllig auf die Jühe geben, dann geht der Strolch los!" Aber auch in den jetzt ausgetragenen Wahlen seiner früheren Konservativen und anderen Hauptstädten in Heer und Verwaltung, erscheint er als sehr rechte katholische Mensch, unter dessen Auge und Rassien unverzweigt das deutsche Volk mit zu Boden gerissen wurde.

Sozialistisch mögen sich die monarchischen Agitatoren noch bis zur unheimliche Rechtsflucht ihres Oberhauptes ins Gedächtnis rufen. Aber wir brauchten unter Boulanger und im Anschluß an die Deutschnaht noch lange rohlistische Wahlen hatte, und Rückstand auf Deutin, Judentum und Brangel hat, so liegt auch bei uns eine falsche Bewegung im Bereich der politischen Möglichkeiten. Da sieht es für die geamte Arbeiterschaft: einzig sein und die Augen zu halten.

Wenn wir diesen Fall der Deutschen Reichsleitung unterstreichen, so bedarf, um die unabhängige revolutionäre Theorie, die sich im Schimpftheater der Sozialdemokratie nicht genau tun kann, einmal in der Wahrheit zu bestimmen. Wir nehmen selbstverständlich nicht an, daß schwieriger Verhalten des unabhängigen Sozialismus kommt nicht darüber, daß einer der Kästelboden als Mitglied unter Partei die sozialen Gewerkschaften angeschaut. Aber sollte Herr Schulze vielleicht doch einen andern Standpunkt einnehmen, kann es sich um gelbe Gewerkschaften angehören handeln würde?

Tarifverhandlungen im Buchdruckergewerbe

Der Tarifabschluß der Deutschen Buchdrucker ist seit dem 25. Oktober in Berlin verabschiedet, um in einer Pointe über Schaffung eines neuen Lohntarifs zu verhandeln, nachdem der bisherige Tarif von beiden Tarifparteien gefülligt worden ist und Ende 1920 seine Gültigkeit verlor.

Noch dreitägiger Tarifverhandlung, in der schriftliche Verständigung zwischen den Kästelboden einig ist, kam es zur Bildung von drei partizipativen Kommissionen, mit die das soziale Tarifatelier vereinbart werden. Die Kommissionen haben am 4. Tarifabschluß ihre Arbeit angenommen, aber am Abend dieses Tages waren irgendwelche, die Verständigung wesentlich fördernde Stellungnahmen nicht vor.

Infolgedessen traten beide Parteien am 5. Tarifabschluß an, zu getrennter Sonderberatung zusammen. Eine Bildung erfolgte aber auch dadurch nicht. Daher traten am Nachmittag des gleichen Tages die Kommissionen wieder zur Beratung der von ihnen gestellten Aufgaben zusammen. Amt vor Schulz des Tarifabschlusses war jedoch in der Hauptversammlung eine vollständige Bildung in der Beratung eingerichtet, die zu einer entscheidenden Bildungnahme drängte. Die Rolle davon war, daß die Vertreter beider Parteien gegenläufig erklärten, aus denen mit Sicherheitheit zu entnehmen war, daß nach Entlastung der Deutschen Reichsleitung eine Einigung über die Höhe der Lohnzulage nicht möglich sei, weil nach ihrer Ansicht die Lohnzulage nicht vorhanden seien. Die Kästelbodenvertreter erklärten dagegenüber, daß dann auch eine Reibierung in den Kommissionen zwecklos wäre. Das Votum wurde darauf sofort von der Sitzung der Kästelboden genehmigt. Am Verlauf der Tarifabschluß von der Sitzung der Parteien am nächsten Tage nochmals zur Verhandlung zusammengezogen.

Das ist ganz geschehen, aber zu einer Verständigung ist es nicht gekommen. Die Kästelbodenvertreter erklärten deshalb, daß dann auch eine Reibierung in den Kommissionen zwecklos nicht vorhanden seien. Die Kästelbodenvertreter erklärten deshalb, daß das Reichsarbeitaministerium an einem Tarifabschluß über Feststellung einer Qualität der Tarifabschluß anstreben werden, nachdem principiell abgestimmt worden war, dem Kästelbodenantrag, das Tarifamt mit der Anwendung des Arbeitsschadens zu bestrafen, zu entsprechen. Damit sind die Verhandlungen zunächst bis nach Fällung des Schiedsgerichts unterbrochen.

Briefkasten

R. M., Dörrstraße. Ihr Gedicht ist jetzt zugemeldet, aber für den Druck nicht brauchbar.

22. Auflistung. Für unsre Arbeitslosen gingen durch Sammlung in den Beiträgen bis 29. Oktober im Gewerkschaftshaus, Bismarckstraße 4, I., ein Vertrag der Firma (unbekannt) Zahl Nr. 885 821-75 M., durch den Tabakarbeiter-Verband, Dresden, 828 120 50 M., 829 110 25 M., 829 170 10 M., 824 41 M., 828 10 M., vom Personal der Firma Berndt, Zollberglift, 884 67,50 M., vom Personal des Elektroischen Werkes Dresden durch Herrn Müller 8-0 98 M., vom Personal des Steinkohlerwerkes Dresden durch Herrn Heide 881 162 M., vom Personal der Aluminium-Fabrik Coeswig i. Sa. durch Herrn Baudisch 1111 24 M., von den Angestellten der Dresdner Volkszeitung 1168 140 M., durch den Verband der Angestellten Dresden, 1182 40 M., vom Personal der Firma Müller u. Merkenthaler 1187 7 M., vom Personal der Verlagsanstalt Concordia, Dresden, Obergraben 10, durch Herrn Simon 1292 29 M., vom Personal der Eisenbahnverwaltung Dresden-Berlin durch den Vertrieb der Herren Müller und Schöberl 1345 4545,62 M., vom Personal des Reichsbefreiungsausschusses durch den Vertrieb der Kästelboden 1894 2510 M., Betriebsteil 1898 880 M., Betriebsteil 1900 127 M., Summe 9045,75 M. Beide wurden gemeinsam 182,50 M., Summe 61238,34 M.

Aufklärung. Am 21. vom 23. Oktober d. J. ist und ein Schrift unterlaufen. Raut Sammlung 1070, muß es anstatt 48 M. 50 M. heißen.

Luftaufnahme. Für die Kinderzugscommission gingen ein durch Dr. Siegert vom Genossen Höhler 5 M., durch Dr. Kämpe von Herrn Schmidt 5 M., von Hil. Lembke 3 M., vom Genossen Reubert 10 M., Sonnenberg 6 Kreis 11 M., nicht eingeschlossene Summen von Dr. Siegert 18 M.

Hänsel.

Luftaufnahme. Für die Kinderschutzkommission gingen ein durch Dr. Siegert vom Genossen Höhler 5 M., durch Dr. Kämpe von Herrn Schmidt 5 M., von Hil. Lembke 3 M., vom Genossen Reubert 10 M., Sonnenberg 6 Kreis 11 M., nicht eingeschlossene Summen von Dr. Siegert 18 M.

Hänsel.

Luftaufnahme. Für die Kinderschutzkommission gingen ein durch Dr. Siegert vom Genossen Höhler 5 M., durch Dr. Kämpe von Herrn Schmidt 5 M., von Hil. Lembke 3 M., vom Genossen Reubert 10 M., Sonnenberg 6 Kreis 11 M., nicht eingeschlossene Summen von Dr. Siegert 18 M.

Hänsel.

Luftaufnahme. Für die Kinderschutzkommission gingen ein durch Dr. Siegert vom Genossen Höhler 5 M., durch Dr. Kämpe von Herrn Schmidt 5 M., von Hil. Lembke 3 M., vom Genossen Reubert 10 M., Sonnenberg 6 Kreis 11 M., nicht eingeschlossene Summen von Dr. Siegert 18 M.

Hänsel.

Luftaufnahme. Für die Kinderschutzkommission gingen ein durch Dr. Siegert vom Genossen Höhler 5 M., durch Dr. Kämpe von Herrn Schmidt 5 M., von Hil. Lembke 3 M., vom Genossen Reubert 10 M., Sonnenberg 6 Kreis 11 M., nicht eingeschlossene Summen von Dr. Siegert 18 M.

Hänsel.

Luftaufnahme. Für die Kinderschutzkommission gingen ein durch Dr. Siegert vom Genossen Höhler 5 M., durch Dr. Kämpe von Herrn Schmidt 5 M., von Hil. Lembke 3 M., vom Genossen Reubert 10 M., Sonnenberg 6 Kreis 11 M., nicht eingeschlossene Summen von Dr. Siegert 18 M.

Hänsel.

Luftaufnahme. Für die Kinderschutzkommission gingen ein durch Dr. Siegert vom Genossen Höhler 5 M., durch Dr. Kämpe von Herrn Schmidt 5 M., von Hil. Lembke 3 M., vom Genossen Reubert 10 M., Sonnenberg 6 Kreis 11 M., nicht eingeschlossene Summen von Dr. Siegert 18 M.

Hänsel.

Luftaufnahme. Für die Kinderschutzkommission gingen ein durch Dr. Siegert vom Genossen Höhler 5 M., durch Dr. Kämpe von Herrn Schmidt 5 M., von Hil. Lembke 3 M., vom Genossen Reubert 10 M., Sonnenberg 6 Kreis 11 M., nicht eingeschlossene Summen von Dr. Siegert 18 M.

Hänsel.

Luftaufnahme. Für die Kinderschutzkommission gingen ein durch Dr. Siegert vom Genossen Höhler 5 M., durch Dr. Kämpe von Herrn Schmidt 5 M., von Hil. Lembke 3 M., vom Genossen Reubert 10 M., Sonnenberg 6 Kreis 11 M., nicht eingeschlossene Summen von Dr. Siegert 18 M.

Hänsel.

Luftaufnahme. Für die Kinderschutzkommission gingen ein durch Dr. Siegert vom Genossen Höhler 5 M., durch Dr. Kämpe von Herrn Schmidt 5 M., von Hil. Lembke 3 M., vom Genossen Reubert 10 M., Sonnenberg 6 Kreis 11 M., nicht eingeschlossene Summen von Dr. Siegert 18 M.

Hänsel.

Luftaufnahme. Für die Kinderschutzkommission gingen ein durch Dr. Siegert vom Genossen Höhler 5 M., durch Dr. Kämpe von Herrn Schmidt 5 M., von Hil. Lembke 3 M., vom Genossen Reubert 10 M., Sonnenberg 6 Kreis 11 M., nicht eingeschlossene Summen von Dr. Siegert 18 M.

Hänsel.

Luftaufnahme. Für die Kinderschutzkommission gingen ein durch Dr. Siegert vom Genossen Höhler 5 M., durch Dr. Kämpe von Herrn Schmidt 5 M., von Hil. Lembke 3 M., vom Genossen Reubert 10 M., Sonnenberg 6 Kreis 11 M., nicht eingeschlossene Summen von Dr. Siegert 18 M.

Hänsel.

Luftaufnahme. Für die Kinderschutzkommission gingen ein durch Dr. Siegert vom Genossen Höhler 5 M., durch Dr. Kämpe von Herrn Schmidt 5 M., von Hil. Lembke 3 M., vom Genossen Reubert 10 M., Sonnenberg 6 Kreis 11 M., nicht eingeschlossene Summen von Dr. Siegert 18 M.

Hänsel.

Luftaufnahme. Für die Kinderschutzkommission gingen ein durch Dr. Siegert vom Genossen Höhler 5 M., durch Dr. Kämpe von Herrn Schmidt 5 M., von Hil. Lembke 3 M., vom Genossen Reubert 10 M., Sonnenberg 6 Kreis 11 M., nicht eingeschlossene Summen von Dr. Siegert 18 M.

Hänsel.

Luftaufnahme. Für die Kinderschutzkommission gingen ein durch Dr. Siegert vom Genossen Höhler 5 M., durch Dr. Kämpe von Herrn Schmidt 5 M., von Hil. Lembke 3 M., vom Genossen Reubert 10 M., Sonnenberg 6 Kreis 11 M., nicht eingeschlossene Summen von Dr. Siegert 18 M.

Hänsel.

Luftaufnahme. Für die Kinderschutzkommission gingen ein durch Dr. Siegert vom Genossen Höhler 5 M., durch Dr. Kämpe von Herrn Schmidt 5 M., von Hil. Lembke 3 M., vom Genossen Reubert 10 M., Sonnenberg 6 Kreis 11 M., nicht eingeschlossene Summen von Dr. Siegert

